



Beschluss Nr. 2 des Themenforums Verbraucherpolitik (26.11.2012)

1 Unser Markenzeichen: Saubere und bezahlbare Energieversorgung

2 1998 hatte die SPD die Energiewende in Deutschland eingeleitet. Ziele waren und sind der
3 Ausstieg aus der Atomenergie-Nutzung und der schnelle Umstieg auf eine möglichst dezent-
4 rale Versorgung aus 100% Erneuerbaren Energien.

5 Dabei haben uns keineswegs nur die Gefahren der Atomenergie und der dringend not-
6 wendige Klimaschutz getrieben. Die Energiewende war von vornherein auch ökonomisch
7 begründet: Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien schaffen branchen-
8 übergreifend zahlreiche Arbeitsplätze. Sie führen zu neuen Produkten und Dienstleistungen
9 aus Deutschland für die Weltmärkte und stabilisieren bereits mittel-fristig die Kosten der
10 Energieversorgung, weil wir uns so von den immer teureren fossilen Energieträgern unabhän-
11 giger machen.

12 Von Anfang an hat die SPD dabei darauf geachtet, dass die Energieversorgung für alle be-
13 zahlbar bleibt. Mit gut begründeten und eng ausgestalteten Ausnahmeregelungen für energie-
14 intensive Unternehmen haben wir deren internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Die
15 Kosten zur Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien (die anders als die
16 milliardenschweren Folgekosten von Atom, Kohle, Öl und Gas transparent auf der Energie-
17 rechnung auftauchen) wurden in einem Rahmen gehalten, der niemand überfordert hat.

18 Die chaotische Energiepolitik der schwarzgelben Bundesregierung mit ihrer doppelten Wende
19 in der Atompolitik, dem Zick-Zack-Kurs in gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förder-
20 programmen sowie dem zu Untätigkeit führendem Dauerstreit zwischen den Ministerien ge-
21 fährden den Erfolg der Energiewende und haben zu einer unfairen Verteilung der Finanzie-
22 rung geführt. Die Kosten steigen schneller und stärker als notwendig. Dabei werden kleine
23 und mittlere Einkommen überproportional belastet.

24 Die SPD wird nach der Regierungsübernahme im September 2013 umgehend entspre-
25 chende Maßnahmen ergreifen. Ziel muss dabei eine solidarischen Energiewende sein, die sich an
26 einer gerechten Verteilung der Kosten und Nutzen, sowie gezielten Schutzmaßnahmen für
27 Einkommensschwache Haushalte und im internationalen Wettbewerb stehende energieinten-
28 sive Unternehmen orientiert.

29 Bereits mit unserem Energiekonzept haben wir konkrete Vorschläge gemacht, wie die Ener-
30 giewende für alle effektiver und kosteneffizienter als derzeit gestaltet werden kann. Darüber
31 hinaus wollen wir bei der Einsparung von Energie unterstützen, gezielt einkommensschwache
32 Haushalte unterstützen und bei Steuern und Abgaben für mehr soziale Ausgewogenheit sor-
33 gen.

34 Unser Maßnahmenpaket

35

36

I. Maßnahmen für mehr Energieeffizienz

37

1. Die unter Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gestartete kostenlose Energieberatung von einkommensschwachen Haushalten wird flächendeckend angeboten. Dabei können Hilfsinstrumente wie Energiesparlampen, Wasser-Durchlaufs- und Begrenzer verbilligt etc. zur Verfügung gestellt werden. Haushalte mit Zahlungsrückständen bei den Energierechnungen erhalten innerhalb von zwei Wochen ein Beratungsangebot.

38

39

40

41

42

43

2. Einrichtung von Energieeffizienzfonds, die u.a. mit Zuschüssen und Mikrokrediten die Verbreitung von energieeffizienten Geräten und Technologien unterstützen. Insbesondere einkommensschwache Haushalte benötigen Unterstützung beim Erwerb energieeffizienter Geräte. Die Grundfinanzierung eines bundesweiten Energieeffizienzfonds erfolgt durch Steuermittel, außerdem müssen die Netzbetreiber (Strom, Gas) bzw. die Verkäufer (Öl) Effizienzfonds bilden, aus denen Maßnahmen bei ihren Kunden finanziert werden. Die (geringen) Kosten werden von der Energiepreisregulierung anerkannt.

44

45

46

47

48

49

50

51

3. Deutschland muss endlich zu den Ländern gehören, die in der EU das "Top-Runner-Prinzip" durchsetzen, damit die jeweils energieeffizienteste Technologie der Standard wird. Die VerbraucherInnen sollen ohne großen Aufwand Vergleiche vornehmen und entsprechend einkaufen können, um energiefressende Geräte aus dem Markt zu drängen und Energieeffizienz für alle erschwinglich zu machen.

52

53

54

55

56

4. Einrichtung eines "Marktwächters Energie" nach dem Marktwächter-Konzept von SPD-Bundestagsfraktion und Verbraucherzentrale Bundesverband. Damit soll der Wettbewerb und faire Verbraucherpreise gefördert werden. Der Marktwächter ergänzt die staatliche Verbraucherpolitik z.B. der Bundesnetzagentur.

57

58

59

60

5. Die Förderung der Gebäudedämmung durch die Bundesebene wird zunächst wieder auf zwei Mrd. Euro jährlich erhöht und soll mittelfristig aufgestockt werden. Dabei wird der Schwerpunkt auf die möglichst warmmieten-neutrale Sanierung von Mietswohnungen gelegt. Zur Unterstützung dieses Ziels ist angesichts der derzeitigen günstigen Finanzierungskosten die Umlagefähigkeit der Kosten auf die Miete von 11 auf 9 Prozent zu senken und zeitlich zu befristen.

61

62

63

64

65

66

II. Weitere gezielte Hilfen für einkommensschwache Haushalte

67

1. Jeder Anbieter von Strom wird verpflichtet, einen "Niedrigverbrauchertarif" anzubieten, dessen Kosten pro Kilowatt nicht höher sein dürfen als das preisgünstigste Angebot des Anbieters für Privatkunden. Innerhalb dieses Niedrigverbrauchertarifs wird auf die Erhebung der Stromsteuer verzichtet. Höhere Stromverbräuche innerhalb dieses Tarifs werden dann progressiv teurer.

68

69

70

71

72

2. Die Bemessung der Stromkosten im Regelsatz ist zu gering. Deshalb muss eine verfassungskonforme Neuberechnung der Regelsätze vorgenommen werden.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

3. Wir wollen ein Konzept zur weitgehenden Vermeidung von Stromsperren: Zur Rückzahlung der Stromschulden und zur Vermeidung einer Energiesperre sollen die Jobcenter Darlehen gewähren. Zudem brauchen wir wieder die Möglichkeit, bei dauerhafter Verschuldung die aufgelaufenen Schulden als Beihilfe zu gewähren. Wir wollen den schnellen Zugang zu Schulden-/Budgetberatung für alle Haushalte erreichen, die mit der Stromrechnung in Verzug geraten. Statt einer Stromsperre sollen die Versorger Smart Meter mit Prepaidfunktion einbauen, die auch eine Begrenzung auf eine fortgesetzte Stromgrundversorgung ermöglichen.

82

III. Steuer- und abgabenpolitische Maßnahmen

- 83 1. Die Offshore-Haftungsbefreiungs-Umlage und die Befreiung einiger Unternehmen
84 von den tatsächlich für ihre Versorgung entstandenen Netzkosten werden abge-
85 schafft. Die Risiken bei der Anbindung von Offshore-Windparks werden von der
86 aus den derzeitigen vier Übertragungsnetzbetreibern zu schaffenden "Deutsche-
87 Netz-AG" mit staatlichem Anteil von mindestens 25,1% übernommen und durch
88 die ohnehin anfallenden Netzentgelte finanziert, um den Ausbau der Offshore-
89 Windenergie zu sichern. Durch diese Maßnahmen sinkt der Strompreis für alle
90 Kunden sofort um ca. 0,8 Cent pro Kilowattstunde.
- 91 2. Die Befreiungen von Unternehmen bei EEG-Umlage und Stromsteuer werden
92 wieder auf den Umfang von 2009 zurückgeführt. Anschließend wird eine zielge-
93 naive Befreiung anhand eines Kriterienkatalogs vorgenommen, der Intensität des
94 Wettbewerbs und Anteil der Stromkosten an der Wertschöpfung berücksichtigt.
95 Schlupflöcher wie die Aufsplittung von Unternehmen werden gestopft. Dadurch
96 kann der Strompreis für alle Kunden sofort um mindestens 0,5 pro kWh sinken.
- 97 3. Zur Entlastung der unteren Einkommen muss die Entfernungspauschale mit dem
98 Ziel einer stärkeren Entlastung der unteren Einkommen aufkommensneutral um-
99 gestellt werden.
- 100 4. Innerhalb des Verkehrssektors müssen die Begünstigungen für Flugbenzin gestri-
101 chen werden, um davon auch die Unterstützung für den Schienenpersonennahver-
102 kehr und das nationale Radverkehrsprogramm erhöhen zu können, die dauerhaft
103 bezahlbare Mobilität für alle garantieren können.

104 **Begründung:**

105 Von 1992 bis 2012 sind die Preise für Energie stark gestiegen. Inflationbereinigt wurde
106 Strom um 50%, Erdgas um 110% und Heizöl sogar um 280% teurer. Da für ein gutes und
107 auskömmliches Leben ein Mindestbedarf an Strom, Wärme und Mobilität benötigt wird, birgt
108 diese Entwicklung sozialen Sprengstoff und kostet viele Verbraucherinnen und Verbraucher
109 für die dringend benötigte Stärkung der Binnennachfrage Kaufkraft. Zusammen mit den vor
110 allem in den Gebieten Deutschlands mit Bevölkerungswachstum rasant steigenden Mieten
111 und lange stagnierenden Löhnen/Renten weckt die Entwicklung der Energiepreise insbeson-
112 dere bei Menschen mit niedrigem Einkommen Urängste, ihre Grundbedürfnisse nicht mehr
113 bezahlen zu können.

114 Es ist offensichtlich, dass der Staat nicht gegen steigende Weltmarktpreise ansubventionieren
115 kann, wenn diese wegen versiegender Quellen oder weltweit wachsender Nachfragen immer
116 teurer werden. Daher wird der Preis pro Einheit Energie aus fossilen Quellen auch in Zukunft
117 tendenziell weiter steigen. Die Politik steht aber in der Pflicht den Menschen zu helfen, weni-
118 ger Energie zu verbrauchen. Wenn man in der Wohnung nur noch 5 statt 25 Liter Öl zum
119 Heizen verbraucht, ist die Abhängigkeit von der Ölpreisentwicklung deutlich reduziert . Um-
120 so verheerender ist es, dass die schwarzgelbe Bundesregierung in Brüssel alle europäischen
121 Anstrengungen für mehr Energieeffizienz blockiert und verwässert. In Deutschland hat
122 Schwarzgelb bestehende Förderprogramme für Energieeffizienz (Gebäudesanierung,
123 Marktanreizprogramm) zusammengestrichen und keine neuen Initiativen unternommen. Da-
124 bei benötigen be-sonders Menschen mit niedrigem Einkommen Unterstützung, um in energie-
125 effiziente Geräte und Wohnungen investieren zu können.

126 Der besonders starke Preisanstieg bei Gas und Öl zeigt, dass die Erneuerbaren Energien nicht
127 etwa die Schuld für teurere Energie tragen, sondern vielmehr die große Chance für mehr
128 Preisstabilität darstellen. Denn Erneuerbare Energien werden, anders als Kohle, Öl und Gas,
129 jedes Jahr preisgünstiger. Zumindest Wind und Solar haben - einmal installiert - kaum mehr

130 laufende Kosten. Schon heute hat das große Angebot an Strom aus Erneuerbaren Energien
131 den Preis an den Strombörsen gesenkt. Leider behalten aber zu viele Energiekonzerne diese
132 Preisvorteile noch in den eigenen Kassen, anstatt sie an die Kunden weiterzugeben. Auch
133 deswegen brauchen wir mehr nationalen und europäischen Wettbewerb und vor allem eine
134 Rekommunalisierung der Energieversorgung.

135 Die Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien selbst ist am Anfang aller-
136 dings ein finanzieller Kraftakt, der nicht allein den privaten Verbraucherinnen und Verbrau-
137 chern aufgelastet werden darf. Denn erstmals in der Geschichte werden die Kosten für die
138 Energieerzeugung nicht den nächsten Generationen überlassen, sondern hier und heute be-
139 zahlt. Aber so wie Fossile und Nukleare Energieträger vom Staat über Jahrzehnte mit einem
140 dreistelligen Milliardenbetrag subventioniert wurden, so sollten auch die Kosten für die Ein-
141 führung der Erneuerbaren heute wo nötig sozial abgedeckt werden.

142 Die schwarzgelbe Bundesregierung macht Strom unnötig teuer. Inclusive Mehrwert-steuer
143 werden die Umlagen auf die Strompreise am 1.1.2013 um 3 Cent pro kWh steigen. Fast
144 nichts davon ist notwendig, den Umstieg auf Erneuerbare Energien zu finan-zieren, wie die
145 Bundesregierung selbst in Antwort auf Anfragen der SPD-Bundestagsfraktion zugestehen
146 musste. Wenn Schwarzgelb ehrlich wäre, würde sie 2,5 der 3 Cent auf den Rechnungen als
147 "Merkel-Umlage" ausweisen. In die EEG-Umlage werden unnötige Kostentreiber eingebaut,
148 nur noch ein Bruchteil der Erhöhung von 2,1 Cent pro kWh ist für die Vergütung neuer Anla-
149 gen der Erneuerbaren Energien. Allein 0,5 Cent gehen auf die vermutlich rechtswidrige totale
150 Befreiung von Unternehmen von den Kosten für das Stromnetz zurück. Und nur um ein - wie
151 in unseren Nachbarländern - öffentlich kontrolliertes Übertragungsnetz zu vermeiden, führt
152 Schwarzgelb zusätzlich zu 9% Rendite für die Netzbetreiber noch eine Umlage von 0,25 Cent
153 pro kWh bei allen Kunden ein, damit diese eine Haftungsbefreiung für die Netzbetreiber be-
154 zahlen, statt mit einer Deutsche-Netz-AG den Offshore-Ausbau kostenoptimiert voranzutrei-
155 ben.

156 Wir lehnen die einseitige Belastung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Ener-
157 giepolitik von Schwarzgelb ab, verlangen eine zielgerichtete soziale Flankierung der Ener-
158 giewende und ein energiepolitisches Konzept, dass den Ausbau der Erneuerbaren Energien
159 effektiv und effizient vorantreibt.

160 Dann klappt`s auch wieder mit der Energiewende!